

Informationspflichten bei der Erhebung von Daten im Rahmen der Beteiligungen nach Baugesetzbuch (BauGB) nach Art. 13 der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO): Aufstellen von Bauleitplänen sowie von Satzungen gemäß § 34 Abs. 4 und § 35 Abs. 6 BauGB

Merkblatt zur Erhebung von personenbezogenen Daten

(Informationspflicht nach Art. 13 DS-GVO - Direkterhebung beim Betroffenen)

1. Namen und Kontaktdaten des Verantwortlichen (Art. 13 Abs. 1 Buchst. a DS-GVO)

Verantwortlicher: Stadtverwaltung Rudolstadt
Bürgermeister
Markt 7
07407 Rudolstadt

Innerorganisatorisch für die Datenverarbeitung verantwortlich:

Fachdienst: Stadtplanung und Stadtentwicklung
Telefon 03672 486 620
Telefax 03672 486 486620
E-Mail planung@rudolstadt.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten (Art. 13 Abs. 1 Buchst. b DS-GVO)

Datenschutzbeauftragte/r	Telefon	03672 486 936
Markt 7	Fax	03672 48648 326
07407 Rudolstadt	E-Mail	datenschutz@rudolstadt.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung (Art. 13 Abs. 1 Buchst. c HS 1 und 2 DS-GVO)

Zweck der Datenverarbeitung

Im Rahmen der Aufstellung und Änderung von Bauleitplänen (Flächennutzungsplan bzw. Bebauungsplan) sowie von Satzungen gemäß §§ 34 Abs. 4 und 35 Abs. 6 BauGB wird der Öffentlichkeit Gelegenheit gegeben, sich zur Planung zu äußern. Hierbei besteht die Möglichkeit, eine Stellungnahme an die für das Verfahren zuständige Stelle abzugeben. Wenn Sie eine Stellungnahme im Rahmen eines vom Verfahrensträger durchgeführten Beteiligungsverfahrens einreichen, haben Sie die Möglichkeit, personenbezogene Daten anzugeben. Wir speichern die darin gemachten Angaben sowie Ihre persönlichen Daten mit vollständigem Namen und Anschrift (ggf. Telefonnummer und E-Mailadresse). Alle Daten werden nur zum Zweck der Bearbeitung Ihrer Stellungnahme verwendet.

Im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB bzw. einer erneuten Auslegung gemäß § 4a Abs. 3 BauGB werden Ihre Daten nach Abschluss des Bebauungsplanverfahrens dazu verwendet, um Sie über das Ergebnis der Prüfung Ihrer Stellungnahme zu informieren (§ 3 Abs. 2 Satz 4 2. Halbsatz BauGB). Eine Information über die Berücksichtigung von Stellungnahmen, die während der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB eingehen, ist gesetzlich nicht vorgeschrieben.

Bei Privatpersonen werden der Name und die Anschrift in den Drucksachen für öffentliche Sitzungen der Ausschüsse und des Stadtrates nicht aufgeführt. Die Stellungnahme wird anonymisiert weitergegeben.

Rechtsgrundlage

Wir verarbeiten Ihre Daten nach §§ 3 und 4a BauGB sowie Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchst. e) Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt und im Rahmen der gemeindlichen Planungshoheit, die der Stadt Rudolstadt übertragen wurde.

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern (Art. 13 Abs. 1 Buchst. e DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden ggf. weitergegeben an:

- einen Dritten, dem auf Grundlage von § 4b BauGB zur Beschleunigung des Verfahrens die Vorbereitung und Durchführung von Verfahrensschritten übertragen wurde,
- andere Ämter innerhalb der Stadtverwaltung, wenn diese als zuständiges Fachamt zu den von Ihnen vorgebrachten Argumenten eine fachliche Stellungnahme abgeben müssen,
- zuständige Gerichte zur Überprüfung der Wirksamkeit von Bauleitplänen oder Satzungen bzw.
- die Höhere Verwaltungsbehörde zur Prüfung von Rechtsmängeln.

5. Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation (Art. 13 Abs. 1 Buchst. f DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden nicht an ein Drittland oder eine internationale Organisation übermittelt.

6. Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung der Dauer (Art. 13 Abs. 2 Buchst. a DS-GVO)

Ihre Daten werden nach der Erhebung bei der Stadt Rudolstadt so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen für die jeweilige Aufgabenerfüllung erforderlich ist. Im Rahmen der Bauleitplanung werden Daten im Regelfall dauerhaft gespeichert.

7. Rechte der Betroffenen im Rahmen der Verarbeitung (Art. 13 Abs. 2 Buchst. b DS-GVO)

Nach der Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- **Recht auf Auskunft**
Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, haben Sie das Recht, Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DS-GVO).
- **Recht auf Berichtigung und ggf. Vervollständigung**
Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung und ggf. Vervollständigung zu (Art. 16 DS-GVO).
- **Recht auf Löschung**
Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, können Sie die Löschung Ihrer personenbezogener Daten verlangen (Art. 17 DS-GVO). Eine Löschung kann nicht verlangt werden, wenn die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist (Art. 17 Abs. 3 DS-GVO).
- **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung**
Sie haben das Recht, eine Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu verlangen (Art. 18 DS-GVO). Die Einschränkung steht einer Verarbeitung entgegen, soweit an der Verarbeitung ein wichtiges öffentliches Interesse (z. B. gesetzmäßige und gleichmäßige Besteuerung) besteht.
- **Recht auf Widerspruch**
Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer persönlichen Situation ergeben, der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu widersprechen (Art. 21 DS-GVO). Dieses Recht besteht nach Art. 32 f Abs. 5 AO nicht, soweit an der Verarbeitung ein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt (z. B. § 30 Abs. 4 Nr. 5 AO) oder eine Rechtsvorschrift uns zur Verarbeitung verpflichtet (z. B. § 85 AO).

Sie haben das Recht, die Sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbarem Format zu erhalten und diese Daten einem anderen Verantwortlichen zu übermitteln (Art. 20 DS-GVO).

8. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 13 Abs. 2 Buchst. d DS-GVO)

Im Rahmen der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben Sie das Recht auf Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde nach Art. 77 Abs. 1 DS-GVO.

Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit:

Häßlerstr. 8

99096 Erfurt

Telefon: 0361 57 311 2900

Telefax: 0361 67 311 2904

E-Mail: poststelle@datenschutz.thueringen.de

9. Gesetzliche oder vertragliche Pflicht zur Bereitstellung der Daten (Art. 13 Abs. 2 Buchst. e DS-GVO)

Es besteht keine Verpflichtung zur Angabe personenbezogener Daten. Im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB bzw. einer erneuten Auslegung gemäß § 4a Abs. 3 BauGB werden Ihre Daten nach Abschluss des Bebauungsplanverfahrens dazu verwendet, um Sie über das Ergebnis der Prüfung Ihrer Stellungnahme im Rahmen der Abwägung zu informieren (§ 3 Absatz 2 Satz 4 2. Halbsatz Bau-gesetzbuch). Sie haben auch die Möglichkeit, eine Stellungnahme ohne Absenderangaben abzugeben. Dann kann jedoch eine Information an Sie über das Ergebnis der Prüfung im Rahmen der Abwägung nicht erfolgen.

10. Automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling (Art. 13 Abs. 2 Buchst. f DS-GVO)

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt nicht mittels automatisierter Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs. 1, 4 DS-GVO.

11. Weiterverarbeitung für einen anderen Zweck (Art. 13 Abs. 3 DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden nicht für einen anderen Zweck weiterverarbeitet als den, für den die Daten erhoben wurden.